

Kritik an Ortschaftsrat

Aktionsbündnis hofft auf anders formulierte Resolution

BNN – Bei der Sitzung des Gemeinderats am Dienstag, 23. Mai, (15.30 Uhr im Ratssaal) soll angesichts der bevorstehenden Demonstration von Rechts-extremisten am 3. Juni in Durlach eine Resolution für Toleranz und Vielfalt verabschiedet werden. Gisela Konrad-Vöhringer, Pressesprecherin des „Aktionsbündnis 3.6.2017“, begrüßte dies in einer Mitteilung, forderte den Gemeinderat aber auf, „die Gemeinsamkeiten des breiten gesellschaftlichen Protest zu betonen und nicht den demokratischen Widerstand durch Formulierungen zu spalten, wie es in der Durlacher Resolution vom 10. Mai geschehen ist.“ Zu recht erkläre der Durlacher Ortschaftsrat, dass „Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz weder in Durlach, in Karlsruhe, noch sonst irgendwo

einen Platz haben“. Das starke Zeichen gegen diese rechte und faschistische Provokation sei die Geschlossenheit aller Demokraten, so Konrad-Vöhringer. Die Resolution des Ortschaftsrates widerspreche dieser Geschlossenheit, in dem sie formuliert „eindeutig Position gegen jede Form von Extremismus zu beziehen“. Außerdem verdächtige sie den vielfältigen Protest der Demokratie-tiefeindlichkeit, wenn sie von „sonstigen extremistischen Inszenierungen“ spricht. Damit bewirke ihre Resolution die Spaltung des demokratischen Widerstandes.

Das „Aktionsbündnis 3.6.2017“ ist ein vom Netzwerk Karlsruhe gegen rechts und dem Antifaschistischen Aktionsbündnis Karlsruhe (AAKA) initiiertes Bündnis von über 130 Organisationen.

AfD: „Durlach wird missbraucht“

BNN – Der AfD-Kreisverband Karlsruhe zeigt sich mit Blick auf den sogenannten „Tag der deutschen Zukunft“ am 3. Juni in Durlach besorgt und ruft nicht nur die Teilnehmer, sondern auch die Gegendemonstranten zu Friedfertigkeit und Einhaltung von Recht und Ordnung auf. Die AfD

stehe für Demokratie, Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und Rechtsstaatlichkeit sowie die Bewahrung dieser Werte in der Tradition der deutschen Heimat, betont AfD-Sprecher und Stadtrat Paul Schmidt. Extremistische Positionen jedweder Art gehörten nach dem Selbstverständnis der Partei nicht dazu. Durlach werde von einer Gruppierung ohne regionalen Bezug als Bühne missbraucht, sagt Stadtrat Marc Bernhard.